Bernhard Mann

Die SPD und die preußischen Landtagswahlen 1893–1913

Die Beteiligung der SPD an den vier preußischen Landtagswahlen von 1898 bis 1913 und die seit 1893 über eine Wahlbeteiligung geführten Diskussionen haben für die Partei gewiß mehr bedeutet als die sieben Mandate, die sie 1908, die zehn, die sie 1913 errang¹. Die Forschung hat sich dafür kaum interessiert², und auch das Forschungsprojekt³, für das ich hier spreche, steht noch so sehr am Anfang, daß ich lediglich einige Beobachtungen mitteilen und einige Fragen formulieren kann. Wir wollen die in den Bänden der amtlichen Statistik nur zum Teil veröffentlichten Wahlergebnisse der Jahre 1867 bis 1918 aus anderen Quellen ergänzen und für die unterste erreichbare Ebene, die der Stadt- und Landkreise, im Detail veröffentlichen. Durch qualitative Daten⁴ sollen sodann die quantitativen zum Sprechen gebracht und interpretiert werden.

Diese Wahlen sind mit den Wahlen unter einem Verhältniswahlrecht, wie es seit 1919 in Deutschland gilt, nicht vergleichbar. Ihre wahlrechtsbedingte Parzellierung in 256 (276) Einzelwahlen verbietet globale Betrachtungen fast ganz und gebietet stattdessen die eingehende Analyse der politischen wie der sozialökologischen Lage jedes einzelnen Wahlkreises. Vollends angesichts eines Dreiklassenwahlrechts wie des preußischen ist mit Stimmenaddieren und Prozentrechnen wenig auszurichten. Die indirekte und ungleiche Wahl nach drei Wählerklassen, die offene Stimmabgabe, die teils gewollt, teils ungewollt wenig erfreuliche technische Durchführung der Wahl und die meist sehr geringe Wahlbeteiligung – all das verbietet eine einfache Korrelation von Stimmzahlen und sozialstatistischen Daten. Trotz der großen Bedeutung des Wahlrechts und seiner immer wieder geänderten Durchführungsverordnungen will ich hier nichts dazu sagen. Im engen Zusammenhang mit unserem Forschungsprojekt steht

¹ Zur Person der Gewählten – wie aller anderen Mitglieder des Abgeordnetenhauses – jetzt unser Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918 (Düsseldorf 1988).

² Eine rühmliche Ausnahme ist die leider ungedruckte Phil. Diss. von *Dieter Schuster*, Das preußische Dreiklassenwahlrecht, der politische Streik und die deutsche Sozialdemokratie bis zum Jahr 1914 (MS Bonn 1958), in der die Publizistik aufgearbeitet ist. Künftig zitiert: *Schuster*, Dreiklassenwahlrecht.

³ Wahlen in den preußischen Landtagswahlkreisen 1867–1918.

⁴ Unter „qualitativen Daten“ verstehen wir neben Wahl- und Stichwahlaufufen v.a. Presseberichte und -notizen zum Wahlkampf sowie Angaben zur „Sozialökologie“ bzw. „politischen Ökologie“ (Heberle) der Wahlkreise.

eine noch nicht abgeschlossene Dissertation von Thomas Kühne⁵, die darüber alle nötigen Aufschlüsse geben wird. Nur so viel: Anders als für den Reichstag gab es für den preußischen Landtag neben 105 (132) Einerwahlkreisen 125 (121) Zweier- und 26 (23) Dreierwahlkreise, also 256 (276) Wahlkreise⁶, deren Grenzen seit 1860/67 im großen und ganzen unverändert waren. Nicht so die der Stimmbezirke, was die Regierung immer wieder zu Beeinflussungsversuchen verführte. Noch wirkungsvoller waren die Einflußmöglichkeiten infolge der offenen Stimmabgabe in beiden Wahlgängen, den Urwahlen wie den eigentlichen Abgeordnetenwahlen. Sie wurden von allen Beteiligten nach Kräften genutzt, von der Administration, den Kirchen, von Fabrikanten und Gutsbesitzern und zuweilen auch von einer lokal mächtigen Partei wie der SPD. Zu wenig beachtet wird die Langwierigkeit und Umständlichkeit der eigentlichen Abgeordnetenwahl, bei der Hunderte, manchmal mehr als tausend Wahlmänner je eine, zwei oder gar drei Stimmen zu Protokoll abgeben mußten, was halbe oder ganze Tage beanspruchte und wobei alle anwesend bleiben mußten. Daß das – die Wahlen fanden werktags und ohne Lohnausgleich statt – für lohnabhängige Arbeiter, für kleine Händler und Gewerbetreibende ein Handikap war, versteht sich.

So viel zum Wahlrecht! Fragen wir heute, ob und inwiefern die Unentschiedenheit der SPD, Reformpartei oder revolutionäre Bewegung sein zu wollen, auch die Geschichte ihrer Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen bestimmte? Ob sie als Reformpartei hier überhaupt Chancen hatte, oder inwieweit durch das politische System Preußens im Kaiserreich, durch die Haltung der mit ihr konkurrierenden politischen Kräfte und durch die allgemeine Schwierigkeit eines Regierungssystems mit parlamentarischen Mitbestimmungsrechten, Reformen durchzuführen, inwieweit durch all das ein politischer Stau entstand, der die SPD im Gegenteil radikalisieren mußte? Was schließlich die Wahlbeteiligung der SPD für Preußen bedeutet hat, inwiefern Reaktion und Gegenreaktion zu qualitativen Veränderungen seines politischen Systems beigetragen haben?

•

Als 1893 vor der ersten preußischen Landtagswahl nach dem Ende des Sozialistengesetzes innerhalb der SPD über eine Beteiligung diskutiert wurde, bejahte Bebel ihre Notwendigkeit, hielt aber einen Erfolg für aussichtslos. Die Wahlrechtsänderung im Gefolge der preußischen Steuerreform zu Beginn der 90er Jahre habe das Wahlrecht weiter plutokratisiert. (Das war ein Irrtum: gerade die damals eingeführte Drittelung in den höchstens 1749 Einwohner umfassenden Urwahlbezirken eröffnete der SPD die Chance, ihre Wahlmänner nicht nur in der dritten, sondern manchenorts auch in der

⁵ Landtagswahlen in Preußen 1867 bis 1918. Wahlrecht, Wahlpraxis, Wahlmanipulation, Wahlkampf.

⁶ In der kleinen Reform von 1906 (siehe unten S. 44) wurde die Gesamtzahl der Wahlkreise durch Vermehrung der Einerwahlkreise von 105 auf 132 und Verminderung der Zweier- und Dreierwahlkreise von 125 auf 121 bzw. von 26 auf 23 um 20 auf 276 vermehrt.

zweiten und selbst der ersten Wählerklasse durchzubringen.) Nur durch Kompromisse mit einer anderen Partei – nach Lage der Dinge in erster Linie mit den Linksliberalen – wären Erfolge möglich; das eigentliche Hindernis dafür sei die offene Stimmabgabe. Selbst wenn die SPD-Wähler sich davor nicht fürchten würden – was Bebel mutig und Mut machend annahm –, die freisinnigen Wähler würden abspringen, was dann zu gefährlichem Streit in der SPD führen würde. Deshalb sollte die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen der Partei nicht Mandatsgewinn und Vergrößerung der politischen Handlungs- und Handlungsmöglichkeiten bringen, sondern neue Agitationsfelder, auch und gerade auf dem flachen Lande, auf tun. Die Zeit dafür, meinte Bebel, sei günstig, in Belgien, Österreich und in verschiedenen deutschen Staaten sei die Wahlrechtsdiskussion im Gange, auch in Preußen müsse die Regierung zur Änderung des Wahlrechts gezwungen werden⁷. Aber der auf dem Kölner Parteitag von 1893 eingeschlagene Weg – Nichtbeteiligung an den Wahlen, dafür Agitation unter den Bauern und für eine Wahlrechtsänderung – führte, wenn er das überhaupt sollte, zu keinem Ziel. Nur eine wirkliche Wahlbeteiligung konnte Anhängern und Gegnern die Ungerechtigkeiten des Wahlsystems vor Augen stellen und dadurch der Agitation Schubkraft geben.

Nicht erster Anlaß, aber dann doch wichtiges Motiv einer zunächst nur unklaren und halbherzigen Revision des Abstinenzbeschlusses von 1893 fünf Jahre später⁸ war ein für die SPD gefährliches Stück preußisch-deutscher Politikverflechtung im Jahre 1897. Von Anfang an und seit der politischen Auseinanderentwicklung von Reichstag und preußischem Landtag in den 80er Jahren war immer häufiger versucht worden, im Landtag durchzusetzen, was der Reichstag bereits verweigert hatte. So war nach der Ablehnung der Umsturzvorlage im Reichstag 1894/95 im preußischen Landtag eine Novelle zum Vereinsgesetz („Lex Recke“) am 24. Juli 1897 mit 209 gegen 205 Stimmen äußerst knapp abgelehnt worden – Grund genug zu intensivem Nachdenken über eine mögliche Stärkung der Linken durch eine Wahlbeteiligung der SPD. Das Spektrum der vor⁹ und auf dem Hamburger Parteitag 1897 diskutierten Vorschläge für die Taktik bei einer etwaigen Wahlbeteiligung reichte von der unmittelbaren Unterstützung der bürgerlichen Linken schon in den Urwahlen bis zum Tauschgeschäft Wahlunterstützung hier gegen Wahlunterstützung dort¹⁰. Heraus kam ein unmöglicher Parteitagkompromiß: der Kölner Nichtbeteiligungsbeschluß von 1893 wurde mit großer Mehrheit aufgehoben, mit ebenfalls „erheblicher Mehrheit“ verwarfen die

⁷ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893 (Berlin 1893, ND 1978) 253–265; Anträge und Diskussion aaO., 265–269. Künftig zitiert: Protokoll über die Verhandlungen (mit Jahr).

⁸ Eduard Bernstein, in: Neue Zeit 15/1 (1897) 516ff.; dazu Schuster, Dreiklassenwahlrecht, 58.

⁹ Die Sozialdemokratie und die preußischen Landtagswahlen. Eine Umfrage. In: Sozialistische Monatshefte 1 (1897) 375–386 und 457–464. (Antworten überwiegend aus dem Juli 1897.)

¹⁰ Bericht Auers auf dem Hamburger Parteitag: Protokoll über die Verhandlungen (1897, ND 1978) 162–173; Gegenrede Wilhelm Liebknechts ebd. 176–185; Diskussion 185–214; Abstimmungen 214–217.

Delegierten anschließend „Kompromisse mit anderen Parteien“¹¹, was noch auf dem Parteitag selbst und erst recht danach zur völligen Ratlosigkeit führte¹². Wie sollten ohne Kompromisse mit anderen Parteien Erfolge erzielt werden? In Stuttgart 1898 konnte schließlich nur der Hamburger Beschluß wieder aufgehoben und die Beteiligung der Entscheidung der einzelnen Wahlkreise überlassen werden¹³ – wenige Tage vor den Landtagswahlen. Sie war entsprechend unkoordiniert und gering.

Nicht nur deshalb können wir bis jetzt aus den Quellen noch kein völlig klares Bild über die Aktivitäten der SPD bei den Wahlen von 1898 gewinnen. Die publizierte Wahlstatistik ordnet auf Grund von Erhebungen der Wahlvorsteher erstmals schon die Urwähler den einzelnen Parteien zu, mit sehr gemischten Gefühlen der damaligen Statistiker¹⁴, die wir späteren Historiker teilen sollten. Demnach hätten 1898 in ganz Preußen 69 Urwähler erster, 665 zweiter und 25 737 dritter Klasse, insgesamt also 26 471 (= 2,23%) sozialdemokratisch gewählt. Leider sind diese Zahlen im folgenden nur nach Regierungsbezirken, nicht, wie dann nach 1903 nach Stadt- und Landkreisen aufgeschlüsselt, so daß sich aus der publizierten Statistik nicht genau erkennen läßt, in welchen Wahlkreisen genau sich Sozialdemokraten als solche an den Wahlen beteiligt haben. Nicht oder ganz minimal beteiligt haben sie sich in ganz Ost- und Westpreußen, in Berlin (hier wurden ganze drei Stimmen abgegeben), in Posen und in Hohenzollern. Relative Schwerpunkte lagen in den Regierungsbezirken Hannover (23,6% Wahlmänner dritter Klasse), Stettin (19,9%), Minden (11,5%), Merseburg (11,4%) und Schleswig (10,7%), ferner in den Regierungsbezirken Potsdam (8,4%), Kassel (7,6%), Düsseldorf¹⁵ und Breslau (je 5,5%). Nach Angaben Bebels beziehungsweise des Parteivorstands für den Parteitag von 1899¹⁶ haben Sozialdemokraten in Breslau, Frankfurt am Main¹⁷, Görlitz und Hagen die Wahl liberaler Kandidaten durchsetzen helfen. Ergebnislos beteiligt hat sich die Partei in den Städten Rathenow, Werder, Er-

¹¹ Protokoll über die Verhandlungen (1897, ND 1978) 162–217. Wortlaut der ursprünglichen Resolution Bebel (Nr. 98) und der Amendements dazu (Nr. 99) 69f.; angenommen wurde schließlich folgende Formulierung: „Die Beteiligung an den nächsten preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Inwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“ (217).

¹² Vgl. dazu *Bebel*, in: *Neue Zeit* 16/1 (1897/98) 101–106; 196–203; 293–300 und 400f. Dazu den resümierenden Bericht des Parteivorstandes für den Stuttgarter Parteitag von 1898, in: Protokoll über die Verhandlungen (1898, ND 1979) 11f.

¹³ Ebd. 69f. (und 162). Die Anträge ebd. 54–71, die Debatte 74–80, 161f. und 212–215.

¹⁴ *Georg Evert*, Die preußischen Landtagswahlen (1898), in: *Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Bureaus* 40 (1900) 113–193. Zu den methodischen Problemen einer Feststellung der „Parteistellung der Urwähler“ ebd. 139–141.

¹⁵ Zu Barmen *Wolfgang Köllmann*, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert (Tübingen 1960) 265f.

¹⁶ Protokoll über die Verhandlungen (1899, ND 1980) 11 und 238. Vgl. dazu *Schuster*, Dreiklassenwahlrecht, 71f. und die dort zitierten Artikel von *Mehring* und *Bebel*, in: *Neue Zeit* 17/1 (1898) 193ff. und 236ff.

¹⁷ *Rainer Stübling*, Die Sozialdemokratie in Frankfurt am Main von 1891 bis 1910 (Frankfurt a. M./Gießen 1981) 67: sozialdemokratische und freisinnige Wahlmänner kandidieren auf einer Liste!

furt, Elberfeld und Hanau und in den Wahlkreisen Liegnitz/Goldberg/Haynau und Westhavelland; in den Städten Frankfurt an der Oder und Brandenburg verfehlte die SPD nur knapp eine ausschlaggebende Stellung.

In der innerparteilichen Diskussion über dieses magere Ergebnis setzte sich schließlich auf dem Mainzer Parteitag 1900 Bebels Linie durch, doch einmal einen ernsthaften und einmütigen Versuch zu wagen. In namentlicher Abstimmung nahmen 163 gegen 66 Delegierte Bebels Resolution an, die die Parteigenossen verpflichtete, „in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlssystem besteht, (...) bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten“¹⁸. Dieser Beschluß war die Grundlage der SPD-Beteiligung und blieb es bis 1913 bzw. 1918.

Die Wahlen von 1903 sind für uns nicht nur deshalb deutlicher erkennbar als die von 1898, weil die amtliche Statistik¹⁹ jetzt erstmals die Parteistellung der Urwähler auch für die einzelnen Stadt- und Landkreise veröffentlicht hat. Die SPD selbst hat eine offenbar recht verlässliche statistische Analyse der SPD-Beteiligung in den einzelnen Wahlkreisen publiziert, die auch die entsprechenden Reichstagswahlergebnisse von 1903 gibt und so einen direkten Vergleich beider Wahlen ermöglicht²⁰. Der Vergleich mit den Reichstagswahlen war methodisch so unzulässig wie politisch erwünscht, kam es doch darauf an, die Benachteiligung der SPD durch das Dreiklassenwahlrecht augenfällig zu demonstrieren! Interessanter als die Berechnung, „wieviel Abgeordnete die einzelnen Parteien im preußischen Landtag in Wirklichkeit haben und wieviel sie im Verhältnis zur Zahl ihrer Urwähler haben müßten“²¹ – also unter der Fiktion eines Wahlrechts wie dann nach 1919! – sind die Aufstellungen über die einzelnen Wahlkreise. Danach waren immer noch Ostpreußen mit Ausnahme Königsbergs, Westpreußen mit Ausnahme Elbings, weite Teile Pommerns, ganz Posen und natürlich Sigmaringen von der SPD unbeackertes Land. In den anderen Provinzen gab es weiterhin ganze Regierungsbezirke ohne SPD-Beteiligung: Oppeln, Münster, Trier (mit dem Saarrevier!), Aachen, also vor allem katholische Gebiete. Schwerpunkte der Beteiligung waren diesmal Berlin²², die Städte und Gemeinden im Einzugsbereich von Berlin, die Städte Stettin, Breslau, Magdeburg, Altona, Kiel, Hanno-

¹⁸ Wortlaut der Resolution Bebel mit Amendement Quarck: Protokoll über die Verhandlungen (1900, ND 1980) 241; Bebels ursprünglicher Antrag (= „Resolution 66“) ebd. 212; Bericht Bebels ebd. 212–216; Gegenrede von Paul Singer 217f.

¹⁹ Georg Evert, Die preußischen Landtagswahlen des Jahres 1903 und früherer Jahre (Erg.-H. 23 zur Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, Berlin 1905). Künftig zit.: Evert, Landtagswahlen des Jahres 1903.

²⁰ Paul Hirsch, Unter dem elendesten aller Wahlsysteme. Materialien zur Beurteilung der politischen Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in Preußen (Berlin 1906). Künftig zitiert: Hirsch, Unter dem elendesten.

²¹ Ebd. 13.

²² Eduard Bernstein (Hrsg.), Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Teil 3 (Berlin 1910) 412–424 – mit Faks. von Wahlflugblättern. Künftig zit.: Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung.

ver, Linden, Bielefeld, Brandenburg, Guben, Kottbus, Forst, Liegnitz, Görlitz, Halle, Flensburg, Neumünster, Wandsbek, Frankfurt am Main und die schon erwähnten Königsberg in Preußen und Elbing; in Danzig wurde keine SPD-Stimme gezählt.

Wenn sich die SPD von der auffällig geringen Wahlbeteiligung bei den preußischen Landtagswahlen einen Vorteil erhofft hatte, weil sie, anders als die wahlfaulen bürgerlichen Parteien, einen größeren Teil ihrer potentiellen Wähler motivieren zu können glaubte²³, so waren diese Hoffnungen fast überall enttäuscht worden. Außer in Berlin blieb sie in allen ihren Hochburgen und oft ganz erheblich hinter ihren relativen Erfolgen der Reichstagswahl im selben Jahr 1903 zurück. Nur in Berlin erhielt sie 68,5% statt 66,8% aller abgegebenen Stimmen; im Regierungsbezirk Potsdam ging ihr Anteil von 48,2% auf 42,5% zurück, in Schleswig-Holstein von 44,3% auf 32,5%, im Regierungsbezirk Magdeburg von 41,5% auf 26,0%. In allen anderen Regierungsbezirken, in denen sie für den Reichstag mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, bekam sie für den Landtag kein Sechstel. Interessanter ist eine andere Beobachtung, die dem damaligen Interpreten dieser Statistik so wenig verborgen geblieben sein dürfte wie dem heutigen, die er aber allenfalls ganz verhüllt nur eben andeutete: die Sozialdemokratie konnte einen viel geringeren Teil ihrer Reichstagswähler zur Landtagswahl bringen als die bürgerlichen Parteien! Errechnet man, wo immer vergleichbare Zahlen vorliegen, wie groß der Anteil der für die Parteien bei der Landtagswahl abgegebenen Urwählerstimmen in Prozent der von denselben Parteien bei den Reichstagswahlen erzielten Stimmen ist, dann kommt man für die SPD häufig auf 15, 12, 10 oder noch weniger Prozent, für die bürgerlichen Parteien ebenso häufig auf 25, 30, 40 oder gar 50 Prozent und mehr. Nur im großstädtischen Milieu konnte auch die SPD auf so hohe Werte kommen, wenn dem nicht ein ausgeprägt katholischer Charakter der Stadt wie z. B. in Köln entgegenstand²⁴. Die offene Stimmabgabe war also keineswegs ungefährlich für die Partei. Die im Mittel um 5 Prozentpunkte erhöhte Wahlbeteiligung war direkt und indirekt von ihr beziehungsweise ihrer Wahlbeteiligung verursacht²⁵, aber kam keineswegs ihr allein oder auch nur überwiegend zugute. Die noch ausstehende Untersuchung der örtlichen Wahlkampfführung wird zu zeigen haben, ob und mit welchem Erfolg die bürgerlichen Parteien auf die Wahlbeteiligung der SPD mit dem Versuch reagiert haben, sie durch eine noch höhere Wahlbeteiligung ihrer eigenen Anhänger auszugleichen, ja ins Gegenteil zu verkehren.

Die Verteilung dieser Stimmen auf die drei Wählerklassen nahm der SPD vollends alle Chancen. Nur in der dritten Klasse kam sie – im ganzen Staat – auf 23,9% (rund 300 000 von 1,27 Millionen Stimmen), in der zweiten nur auf 4,23%, in der ersten gar

²³ Leo Arons, *Die Preußischen Landtagswahlen. Die gesetzlichen Bestimmungen nebst Erläuterungen*. Hrsg. i. Auftr. des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei (Berlin 1903) 8. Künftigt zit.: Arons, *Landtagswahlen*.

²⁴ Errechnet nach Hirsch, *Unter dem elendesten*. Demnach konnte die SPD bei 52,6% der örtlichen Landtagswahlen, für die Vergleichszahlen vorliegen, weniger als 1/10 ihrer Reichstagswähler mobilisieren und nur bei 15,8% mehr als 30%, die anderen Parteien dagegen in 51,0% der Wahlen mehr als 30%, in 12,5% weniger als 10%. Hat außerhalb des „Arbeitermilieus“ die offene Stimmabgabe auf Anhänger der ausgegrenzten Partei prohibitiv abschreckend gewirkt?

²⁵ So Evert, *Landtagswahlen des Jahres 1903*, 18.

nur auf 0,67% – das waren 782 Stimmen. Die SPD-Stimmen konzentrierten sich zwar auf 14 oder 15 Wahlkreise, in denen die Partei Wahlmänner in größerer Zahl durchbrachte, aber auch dort erreichten die gegnerischen Kandidaten meist schon im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Wahlmännerstimmen. So in Altona, wo 1898 noch ein zweiter und dritter Wahlgang nötig geworden war. Ebenso in Berlin 3, wo die SPD ebenfalls die Stichwahl knapp verfehlte; es kann offen bleiben, ob sie dann gegen den Linksliberalen von den Konservativen unterstützt worden wäre. Andererseits stand die SPD in drei Wahlkreisen vor der Entscheidung, wem sie im zweiten Wahlgang ihre Stimmen geben sollte, nachdem ihr eigener Kandidat chancenlos geblieben war. In Teltow/Beeskow-Storkow/Charlottenburg/Schöneberg/Rixdorf, dem noch ungeteilten Riesenwahlkreis im Süden Berlins, lag der eine SPD-Kandidat mit 654 (Wahlmänner-)Stimmen hinter einem Konservativen (1010) und einem Freisinnigen (824) auf Platz 3; im zweiten Wahlgang stimmten die SPD-Wahlmänner in Konsequenz einer gescheiterten Stichwahlvereinbarung mit den Linksliberalen ungültig und verhalfen so dem Konservativen zum Sieg²⁶. Die Kandidaten für das zweite Mandat, ein Konservativer, ein Nationalliberaler und ein Sozialdemokrat erhielten 1009, 836 und 647 Wahlmännerstimmen. Hier erst recht unterlag der Nationalliberal dem Konservativen, weil er von den Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang nicht unterstützt wurde. Dem selben Muster folgte die SPD bei der Wahl der drei Abgeordneten der Stadt Breslau. Hier siegten ein Konservativer, ein Zentrumsmann und ein Freikonservativer im zweiten Wahlgang über ihre nationalliberalen beziehungsweise freisinnigen Konkurrenten, weil die Sozialdemokraten sich nun der Stimme enthielten. 1898 noch hatten die Wahlmänner der SPD, wie wir aus Verhandlungen über eine angefochtene Wahl²⁷ wissen, den Linksliberalen zum dreifachen Sieg verholfen. In Kiel ließen die ungültigen Stimmen der Sozialdemokraten den schon im ersten Wahlgang erreichten Vorsprung des Linksliberalen vor dem Nationalliberalen bestehen und sicherten ihm so im zweiten Wahlgang den Sieg. In zwei anderen Wahlkreisen, Stadt Frankfurt am Main und Elberfeld/Barmen enthielt sich die SPD offenbar von vornherein der Stimme; in beiden Fällen hätte ihre Beteiligung am Ergebnis nichts ändern können, d. h. am Sieg der Linksliberalen in Frankfurt, eines Nationalliberalen und eines Linksliberalen im Wuppertal. Man darf daraus wohl schließen, daß die SPD 1903 auch dann nur recht geringe Mandatschancen gehabt hätte, wenn die Verständigung mit den Linksliberalen besser gewesen wäre.

Doch Mandatsgewinn war für viele ohnehin nur das zweite Ziel der Partei. Das erste war, die Unmöglichkeit des Wahlrechts deutlich zu machen, denen, die es ändern konnten (wenn sie wollten), und den eigenen Anhängern. Neben der eklatanten Ungerechtigkeit bei der Umsetzung von Wählerstimmen in Abgeordnetenmandate, auf die

²⁶ Bernstein, *Berliner Arbeiterbewegung*, 420–423.

²⁷ Anlagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten während der I. Session der 19. Legislatur-Periode. 1899. Bd. 4 (Berlin 1899) 2616–2618. Künftig zit.: AnLAH 19/1 (1899) Bd. 4, 2616–2618. Stenographische Berichte über die Verhandlungen ... Haus der Abgeordneten Bd. 4 (Berlin 1899) 2354–2361. Künftig zit.: StBAH 19/1 (1899) Bd. 4, 2354–2361. – Forts.: AnLAH 19/2 (1900) Bd. 3, 1523–1527; StBAH 19/2 (1900) Bd. 3, 3649–3678. Dazu Protokoll über die Verhandlungen (1900, ND 1980) 15.

Paul Hirsch abhob, war die zweite Schwachstelle des preußischen Wahlrechts seine komplizierte Handhabung. Man muß sich, wie das Kühne tun wird, den technischen Ablauf der Wahl vom Anfang bis zum Ende vor Augen führen, um zu spüren, daß er für die Wähler (die Wahlmänner, nicht so sehr die Urwähler) wie für die Wahlleiter eine Zumutung war. Mehrere hundert, in den übergroßen Wahlkreisen über tausend Wahlmänner²⁸ mußten im selben Raum ihre Stimmen in vorgeschriebener Reihenfolge zu Protokoll geben, in bis zu drei unmittelbar aufeinander folgenden Wahlgängen, was viele Stunden zu dauern pflegte. Sie mußten dazu nicht nur den oft weiten Weg zum Wahllokal auf sich nehmen, sondern auch – da die Wahlen werktags stattfanden und für die Wahlmänner ständige Anwesenheit Pflicht war – Verdienst- und Lohnausfall. Die SPD hat diese Prozedur, wie Bernstein für Teltow-Beeskow-Storkow genüsslich schildert²⁹, mindestens an einzelnen Orten durch planmäßige Obstruktion noch erheblich erschwert. Weniger gravierend war das bei den Urwahlen, obwohl 1903 1,7 statt 1,2 Millionen Wähler (1898), in Berlin gar 179 000 statt 70 000 ihre Stimmen abgaben, aber auch hier mußte schon die korrekte Anwendung aller Vorschriften, auf der zu bestehen die SPD-Führung ihre Wähler anwies³⁰, zu Erschwerungen führen.

Die Mobilisierung der Anhängerschaft durch die Wahlbeteiligung und die Obstruktionsspiele, die verständliche und verständlicher Weise noch geschürte Empörung über das systembedingte Wahlergebnis, die zweithöchste Stimmen- und die denkbar geringste Mandatszahl – Null!, ermöglichte, ja erforderte massenpsychologisch eine Welle von Wahlrechtsdemonstrationen. Wie groß deren Eindruck auf Preußens Regierung und Parlament war, die nun die erste und einzige größere Wahlkreisreform zwischen 1860 und 1918 durchführten, muß offen bleiben. Die Obstruktion allein schon und vielleicht noch die Erschwerung der Wahl durch die größere Wahlbeteiligung könnten als Motiv ausgereicht haben, durch Teilung einiger allzugroßer Wahlkreise 1906 das System „marschfähig“ zu erhalten³¹. Aber auch jetzt noch blieb Stettin Stadt unverändert, das mit 210 700 Einwohnern und 47 000 Urwählern weiterhin einen Abgeordneten zu wählen hatte, während im arithmetischen Mittel ein Abgeordneter auf knapp 80 000 Einwohner bzw. 16 400 Urwähler kam³².

²⁸ Da nach § 4 der Verordnung vom 30. Mai 1849 auf je 250 Einwohner ein Wahlmann zu wählen war, mußten für den übergroßen Wahlkreis Potsdam 9 (Teltow/Beeskow-Storkow usw.) mit seinen 345 000 Einwohnern 1380 Wahlmänner gewählt werden.

²⁹ Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung, 423 f.; vgl. auch die Diskussion in: Sozialistische Monatshefte 6/2 (1902) 660–669 und 761–767.

³⁰ Arons, Landtagswahlen, 28–30 mit Fußnoten * bis ***.

³¹ Gesetz, betr. Vermehrung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten und Änderungen der Landtagswahlbezirke und Wahlorte. Vom 28. Juni 1906. GS 1906, 313; Gesetz, betr. Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten. Vom 28. Juni 1906. GS 1906, 318.

³² Errechnet nach Georg Evert (Bearb.), Die preußischen Landtagswahlen von 1908 (Erg. H. 30 zur Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, Berlin 1909).

1908 jedenfalls trat die SPD nicht nur unter veränderten Wahlrechts-, sondern auch unter neuen politischen Bedingungen zur Landtagswahl an. Nach den von Bülow vorzeitig 1907 herbeigeführten Reichstagswahlen waren die Linksliberalen zur Regierungs-, das Zentrum zur Oppositionspartei geworden. Aber das glich die Benachteiligung durch das Dreiklassenwahlrecht nicht aus. Zwar errang die SPD diesmal sieben Mandate, davon sechs in den neu gebildeten Berliner Wahlkreisen 5, 6, 7, 9, 11 und 12 und eines in (Hannover-)Linden. Aber sie fand keine linksliberale Unterstützung für die Stichwahlen, umso weniger, als Linksliberale und Sozialdemokraten ohnehin oft um die gleichen Wähler warben. So verfehlte die SPD im neugebildeten Wahlkreis Potsdam 11 (Schöneberg/Rixdorf) knapp die absolute Mehrheit und verlor im zweiten Wahlgang ebenso knapp gegen die Freisinnige Volkspartei. Ähnlich in Altona, wo der Kandidat der Freisinnigen Vereinigung im zweiten Wahlgang 130 nationalliberale und andere bürgerliche Stimmen dazuerhielt und dadurch den SPD-Kandidaten überholte. In Kiel konnte der Freisinnige mit nationalliberaler Hilfe seinen Vorsprung vor dem SPD-Kandidaten ausbauen, in Stormarn/Wandsbek der Freikonservative. In Harburg erreichte der Nationalliberale schon im ersten Wahlgang das Ziel. Auch im Obertaunuskreis/Frankfurt am Main-Land blieb der Nationalliberale im zweiten Wahlgang vorn, ebenso der nationalliberale und der freisinnige Kandidat in Elberfeld/Barmen. Andererseits hat die SPD in zwei Wahlkreisen die Mehrheit des ersten Wahlgangs im zweiten Wahlgang umgekehrt: im neu gebildeten Einerwahlkreis Dortmund (Land)³³ und ebenso im neugebildeten Wahlkreis Mülheim (Ruhr)/Ruhrort zugunsten des Zentrums kandidierten gegen den Nationalliberalen. Nur in zwei Fällen wäre einem freisinnigen Kandidaten durch SPD-Hilfe der Sieg zu sichern gewesen; er erhielt sie nicht in Frankfurt an der Oder gegen den Freikonservativen, aber in Guben/Sorau gegen den Konservativen. In Frankfurt am Main eroberte der Freisinnige beide Mandate schon im ersten Anlauf, die SPD blieb weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz, in Lennep/Solingen/Remscheid erging es ihr gegen zwei Nationalliberale und einen Freisinnigen ebenso.

Fehlende Wahlhilfe durch bürgerliche Parteien war kein wesentlicher Grund für das magere Ergebnis – es war ja wohl naheliegend, daß die Nationalliberalen in Altona lieber einen Freisinnigen als einen Sozialdemokraten wählten, und Linksliberale und Zentrum hatten keine Gelegenheit, sich für die Wahlhilfe durch die SPD zu revanchieren. Es half der Partei nichts, daß sie nochmals fast 279 000 Stimmen dazugewann, d. h. fast 90% der 311 000 Stimmen von 1903, und damit in der Rangliste der in allen drei Klassen zusammen erzielten Stimmen mit 23,9% auf Platz eins kam. Auch das Zentrum hatte seine Stimmenzahl fast genau verdoppelt und kam mit 19,9% auf Platz zwei; Konservative und Nationalliberale folgten mit 14,2 und 12,7%. Es gab nun nur noch zwei Regierungsbezirke, in denen die SPD nicht zu den Wahlen angetreten war, Posen und Sigmaringen; in vier weiteren war ihre Wahlbeteiligung eher symbolisch: Allenstein, Oppeln (!), Aurich und Trier (mit dem Saarrevier!). Die elf sozialdemokratischen Stimmen dieses letzteren Regierungsbezirks wurden nicht etwa in Saar-

³³ Ralf Lützenkirchen, *Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde* (Phil. Diss. Köln 1970) 49. Künftig zit.: *Lützenkirchen, Dortmund-Hörde*.

brücken, Saarlouis, Ottweiler oder St. Wendel abgegeben, sondern in der ehrwürdigen Geburtsstadt von Karl Marx – von Wählern der dritten Klasse! Die Benachteiligung durch die Übergröße der SPD-Wahlkreise und die Wirkung des Dreiklassenwahlrechts war durch diese Stimmengewinne nicht auszugleichen. In Berlin insgesamt erreichte die SPD in der ersten Klasse 19,6%, in der zweiten 54,4% und in der dritten 79,9%, zusammen 73,8% der Urwählerstimmen. Aber selbst hier konnte der Freisinn in zehn von zwölf Wahlkreisen die erste Klasse, in fünf die zweite Klasse gewinnen, nur in der dritten Klasse waren die Sozialdemokraten überall Sieger. Der Vorsprung in der Stadt Kiel wurde durch Neumünster und Bordesholm zunichte gemacht, in Altona behielten Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Freisinnige zusammen in der zweiten (und natürlich in der ersten) Klasse die Mehrheit. Linden wurde gewonnen, weil die SPD in der Stadt in allen drei Abteilungen stärkste Partei war, mit 67,5% in der ersten, 82,5% in der zweiten und 88,1% in der dritten Klasse. Im Landkreis Linden eroberte sie immerhin die dritte Klasse. Aber diese Industrievorstadt Hannovers war ein einmaliger Fall.

Der Vergleich mit dem – schlechten – Reichstagswahlergebnis von 1907 zeigt, daß das Dreiklassenwahlrecht außer in Berlin überall gegen die SPD wirkte. Die Konsequenz, die von der SPD schon vor den Wahlen von 1908, nämlich auf ihrem Preußentag im November 1907, gezogen wurde, ist hier nicht im einzelnen zu diskutieren: der Wahlrechtskampf war zwischen 1908 und 1910 das beherrschende Thema nicht nur der SPD, sondern auch der preußischen Innenpolitik. Alles in allem waren die Wahlrechtsdemonstrationen dieser Jahre³⁴ wohl nicht geeignet, der Wahlreform neue Freunde außerhalb der SPD zu gewinnen – im Gegenteil. Mochte die revolutionäre Rhetorik und Symbolik der Aufmärsche und Massenversammlungen, der Reden und der schriftlichen Verlautbarungen auch den Zweck erfüllen, die eigene Anhängerschaft zugleich in revolutionärem Schwung wie im vorsichtigen Abwarten zu halten (und so die prekäre innerparteiliche Balance zu bewahren), auf die konservativen und selbst die liberalen und linksliberalen Gegner wirkte das alles nur alarmierend und verhärtend.

Wie sehr das Verhältnis zu den Linksliberalen durch die Blockpolitik und die Wahl von 1908 verschlechtert worden war, zeigte sich, als auf Betreiben des Freisinns vier der zwölf Berliner Wahlen annulliert wurden, genauer: zeigen die näheren Umstände der erfolgreichen Wahlanfechtung und die Debatten darüber. Diese Wahlen wurden von den Freisinnigen nicht so sehr deshalb angefochten, weil die SPD – wie sie selbst zugab und gar nicht verheimlichen konnte – durch Boykottandrohungen massiven Druck auf die bürgerlichen Wahlmänner ausgeübt hatte³⁵. An einer ernsthaften Diskussion der obrigkeitlich-konservativen, geistlichen oder auch unternehmerisch-guts-

³⁴ Zuletzt *Bernd Jürgen Warneken* u. a., Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster >friedliche Straßendemonstration< im preußischen Wahlrechtskampf 1908–1910 (Tübingen 1986).

³⁵ AnLAH 21/2 (1908/09) Bd. 5, 2963–66; StBAH 21/2 (1908/09) Bd. 2, 1949–1978 (10. Febr. 1909); ebd. 1979–2017 (11. Febr. 1909); AnLAH 21/2 (1908/09) Bd. 9, 6087–92; StBAH 21/2 (1908/09) 6804–54 (19. Mai 1909). Dazu das Eingeständnis des „Terrorismus“ durch einen Redner der SPD (Ströbel) in: StBAH 21/2 (1908/09) Bd. 1, 1236.

herrlichen Wahlbeeinflussung konnte keiner der großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses gelegen sein. Die Freisinnigen versteiften sich deshalb auf einen Formfehler bei der Einteilung der drei Wählerklassen – nicht überall war der Steuerberechnung das richtige Stichjahr zugrunde gelegt worden –, was insofern schwach war, als damit auch die freisinnigen Mandate anfechtbar wurden. Über die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Ungültigkeitserklärungen brauchte die SPD nicht unglücklich zu sein. Die Schädigkeit und Anfechtbarkeit der freisinnigen Wahlanfechtung erleichterte die Abgrenzung gegenüber dem gefährlichsten Gegner, weil potentiellen Verbündeten, und die Neuwahlen wurden – mit einer Ausnahme – überall von den schon einmal Gewählten gewonnen. Verlierer waren die Befürworter eines Mitte-Links-Bündnisses, die in Preußen ohnehin viel schwächer waren als in Süddeutschland.

Trotzdem, und obwohl die Landtagswahlen von 1913 erkennbar müder waren, setzte die SPD auch in Preußen ihren Kampf um mehr Mandate fort, wie offenbar auch ihre Bemühungen um eine Stärkung der Linken überhaupt, die nach dem Bruch des Bülow-Blocks und den Reichstagswahlen von 1912 weniger aussichtslos erscheinen konnten³⁶. Die Wählerzahl insgesamt stieg von zweieinhalb auf zweidreiviertel Millionen, ging aber relativ zur Zahl der Wahlberechtigten leicht zurück, vor allem auf dem Lande. Die SPD konnte ihre Stimmenzahl noch einmal um 28,6% auf fast 759 000 steigern. Die Zahl der gewonnenen Mandate erhöhte sich auf zehn, d. h. von den sechs Berliner Mandaten blieb eines verloren (Berlin 12), dafür gewann die Partei vier Mandate im Berliner Umland (drei im Wahlkreis Oberbarnim/Niederbarnim/Lichtenberg/Eberswalde, eines in Schöneberg/Neukölln), Linden konnte gehalten werden. Auffällig ist, daß die SPD sich in einer Reihe von Wahlkreisen zwar an den Urwahlen, aber nicht an den Abgeordnetenwahlen beteiligte, zugunsten der Fortschrittlichen Volkspartei in Berlin 1 und 2, in Teltow/Willmersdorf/Beeskow-Storkow, in Frankfurt an der Oder, Altona, Lennep/Solingen/Remscheid, zugunsten der Nationalliberalen in Hannover, Wiesbaden, Hoechst, im Ober-Taunus-Kreis/Frankfurt (Land) und in Mülheim (Ruhr)/Dinslaken/Hamborn. In diesem letzten Wahlkreis hätte die SPD dem Zentrum zum Sieg verhelfen können. Aber seit dem Ende des Bülow-Blocks stand diese Partei ja wieder auf der Seite der Konservativen. Die beiden linksliberalen, aber nicht den dritten nationalliberalen Kandidaten des Dreierwahlkreises Breslau unterstützte die SPD im zweiten Wahlgang mit Erfolg, so wie sie sich auch in Calbe/Quedlinburg/Aschersleben zwischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen der Stimme enthielt. Umgekehrt revanchierte sich das Zentrum in Dortmund (Land) 1913 nicht für die Wahlhilfe von 1908, sondern unterstützte den nationalliberalen Kandidaten schon in der Hauptwahl³⁷. Die Konzentration der SPD

³⁶ Vgl. auch den Bericht des Parteivorstandes auf dem Parteitag in Jena 1913: Protokoll über die Verhandlungen (1913, ND 1984) 22–24. Die Wahlergebnisse in: *Heinrich Höpker* (Bearb.), *Die preußischen Landtagswahlen von 1913* (Erg. H. 43 zur Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, Berlin 1916).

³⁷ *Lützenkirchen*, Dortmund-Hörde, 95 f.

wie der FVP auf städtische Wahlkreise führte 1913 zu häufigen Duellen zwischen diesen beiden Parteien. Aus dem gleichen Grund und erst recht bekämpften sich SPD und Nationalliberale. Unterstützung von den unterstützten Parteien bekam die SPD wenig. In Oberbarnim/Niederbarnim bekamen Konservative und Freikonservative offenbar mehr ursprünglich liberale Stimmen als die SPD, die dann trotzdem gewann³⁸, in Pinneberg enthielten sich die Liberalen mit wenigen Ausnahmen im zweiten Wahlgang der Stimme und machten so den Sieg des Freikonservativen definitiv. Entscheidend war das beide Male nicht, so wenig wie die doch wohl ungesuchte Unterstützung, die der Sozialdemokrat in Hanau im zweiten Wahlgang vom Bund der Landwirte erhielt: er bekam zwar alle 49 Agrarierstimmen, blieb aber trotzdem immer noch 52 Stimmen hinter seinem nationalliberalen Konkurrenten zurück. Der BdL hatte also nichts riskiert.

Die Geschichte der Beteiligung der SPD an den preußischen Landtagswahlen zeigt, daß nicht nur die Radikalen ein Interesse am Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht haben mußten. Unter diesem Wahlsystem hatte auch eine reformerische, zur Integration in das politische System bereite Arbeiterpartei keine echte Chance. Die offene Stimmabgabe hinderte zwar mehr als 750 000 Wähler nicht daran, für die SPD zu stimmen, hielt aber doch weitere Millionen tatsächlich davon ab – bei der Reichstagswahl von 1912 hatte die SPD in Preußen rund 2,4 Millionen Stimmen erhalten. Da die SPD-Wähler allenfalls in der dritten und nur ganz selten auch in der zweiten Wählerklasse die Mehrheit waren, waren sozialdemokratische Kandidaten auf die Stimmen bürgerlicher Wahlmänner angewiesen, die sie nur selten bekommen konnten. Denn wegen der Versteinerung der Wahlkreise konzentrierten sich die vielen SPD-Stimmen auf allzu wenige übergroße Wahlkreise, wo die SPD dann meist in Konkurrenz mit ihrem wichtigsten potentiellen Bundesgenossen, den Linksliberalen, stand. Die katholische Arbeiterschaft blieb ihr unzugänglich, die Bemühungen um die Landbevölkerung kamen zu spät und waren zu halbherzig.

Die Wirkungen des Wahlrechtskampfes sind schwer abzuschätzen – was bedeutete es für die politische Kultur, daß „die Deutschen demonstrieren lernten“³⁹? Wie haben die bürgerlichen Politiker reagiert? Vielleicht wird die „qualitative“ Wahlforschung, mit der wir begonnen haben, die Geschichte der Wahlbündnisse und Bündnisversuche, der Wahlkämpfe und ihrer Themen, auf Staats-, Provinz- und Wahlkreisebene, darauf Antwort geben und zu weiteren Fragen führen.

³⁸ Dabei bestand hier nach *Hagen Schulze*, Otto Braun (Frankfurt a. M. 1977) 161 ein Stichwahlabkommen zwischen SPD und FVP!

³⁹ Vgl. Anm. 34